

Ein Titel allein macht nicht klüger

Für viele Berufe werden immer neue Hürden in Form von zu erwerbenden Diplomen errichtet. Das nützt hauptsächlich den Fachverbänden



Beat Kappeler

Fahrlehrer benötigen künftig einen eidgenössischen Fachausweis. Damit setzt der Bund ein weiteres Mosaiksteinchen ins Bild immer stärker definierter Ausbildungen, Anerkennungen, notwendiger Diplome. Auch Krankenpfleger, Berufsschullehrer, Piloten und Leiter eines Kinderhorts schweben immer neue Diplomstufen empor.

Was sind die Motive dafür, und wird das Land dadurch gescheitert?

Die Promotion der künftigen Fahrlehrer durch die Eidgenossenschaft ändert nicht sehr vieles, aber die Begründung ist repräsentativ für viele Hochstufungen, die im Moment erfolgen: Es geht um die Sicherheit. Wer will sich gegen die Einsicht stemmen, dass das moderne Leben immer komplexer wird, im Verkehr, in der Krankenpflege, bei den Bankgeschäften, in der beruflichen Ausbildung der Jungen oder eben beim Kinderhüten?

Mit höheren Sicherheitsanforderungen werden die Unterstellung unter das neue Berufsbildungsgesetz in erster Stufe, dann die Möglichkeit der höheren Fachschule, der «Meisterprüfung» im Volksmund, gerechtfertigt und die Durchlässigkeit zur Fachhochschule im Ansatz eröffnet. Die Versuchung, einige dieser Stufen oder alle zusammen als verbindlich für die Berufsausübung zu erklären, nimmt damit zu.

Die Verbände der entsprechenden Bereiche sind meist treibende Kräfte hinter der Forderung nach Ausbildung mit berufszulassendem Diplom. Das Ansehen des Berufs soll damit aufgewertet werden, und – angenehmer Nebeneffekt – die Durchführung der Ausbildung durch den Verband bringt faktisch den Zwang zur Verbandsmitgliedschaft mit sich. Man kann dies Korporatismus nennen, aber auch positiver als «Entlastung des Staates» sehen, der nicht überall im Alltagsgeschäft mitreguliert! Die Ausbildung zum Fahrlehrer beispielsweise beruht auf Vorgaben eidgenössischer Gesetze, wird aber von den Fahrlehrerverbänden durchgeführt. Die Ausbildungen zur Krankenpflege bewältigt hauptsächlich das Rote Kreuz, aber manche möchten sie auf die Fachhochschulen hinauf verlegen, also akademisieren. Doch die Sicherheit als Ausbau- und Hochstufungsgrund ist eine Endlosschleife – warum keine Aufsichtsperson im Wagen des Fahrlehrers, warum nicht tägliche Führungsrapporte über die Krankenpfleger, warum nicht alle Lebensmittelfirmen einem Universitätsinstitut zur Qualitätskontrolle unterstellen? Und wenn die Fachhochschule für Primar- und Berufsschullehrer gut ist, wäre eine Uni-Ausbildung nicht noch besser?

Ein zweiter Anlass zur Hochstufung von Berufen ergibt sich aus dem hierzulande unantastbaren Wert der «Bildung» selbst. Man sah es soeben im Parlament – wenn Milliarden für Bildungsausgaben anstehen, traut sich kaum einer, zuerst Reformen und Entbürokratisierung zu verlangen und erst dann das Geld zu bewilligen. Vielmehr versprechen die Verantwortlichen, dank mehr Geld werde dies nachher geschehen. Die Beweise dafür

sind aber nachträglich schwierig beizubringen, und wer sie fordert, erweist sich als kleinlicher Erbsenzähler.

Ein dritter Grund für Hochstufungen ergibt sich aus dem Wunsch nach der europaweiten Anerkennung der Diplome. Was andernorts schon über Fachhochschulen gelehrt wird, löst einen Wettlauf der Diplome aus. «Die Ausrichtung auf die internationale Anerkennung spielte im Aufbauprozess eine zentrale Rolle», schreibt das zuständige Bundesamt über die Fachhochschulreform. Doch stellt es auch klar, dass eine Gleichstellung der Schweizer im europäischen Arbeitsmarkt durch Hochschuldiplome nur dann nötig ist, wenn eine Tätigkeit staatlichen Zugangsregeln untersteht. Aber auch die akademische Anerkennung und Durchlässigkeit wird gesucht.

Eine Bewertung der Vor- und Nachteile des Trends zur Akademisierung und Hochstufung von Berufen ist schwierig. Wird das gesamte Volk wirklich gescheitert, oder entsteht lediglich eine Titel-Inflation, während die Ausbildungsstätten so bleiben, wie sie immer waren? In oft dieselben Gebäude wie früher streben heute Berufsschullehrer, Lehrer, Krankenpfleger, Architekten, Gestalter, Sozialarbeiter, nur hängt eine neue Tafel über dem Eingang: «Fachhochschule», «höhere Fachprüfung», «Eidg. Fachausweis» oder «Universitätsinstitut».

Was andernorts schon über Fachhochschulen gelehrt wird, löst schnell einen Wettlauf der Diplome aus.

Und die Lehrenden heissen «Professoren».

Eine Bewertung aus arbeitsmarktlischer Sicht muss die Qualität und Sicherheit ernst nehmen. Negativ zu Buche schlägt aber die verlängerte Ausbildung, welche die frühe Einschulung zunichte macht, sowie die Gefahr, dass sich alle in teuren Büros verkriechen und die Arbeiten von zusätzlich eingestellten Einwanderern ausführen lassen. Und wer wechselt flexibel seine Tätigkeit, wenn er dann ohne Spezialdiplom dasteht? Gegen den Diplomierungstrend stellen sich nur wenige, etwa das Volkswirtschaftsdepartement mit der tapferen Aufhebung bisheriger Diplom- und Bewilligungszwänge, zum Beispiel für den Besamungstechniker, den Elektroingenieur oder für Transporteure von Sonderabfällen («wird in der Praxis nicht vollzogen»).

Als alternative Qualitätssicherung sollte man – beim Staat wie bei den Verbänden – wieder den Wettbewerb und die Transparenz entdecken. Warum selektionieren sich die Fahrlehrer nicht mit dem Nachweis «97% Erfolgsquote meiner Fahrschüler»? Warum können Fachhochschulen zwar jede Diplomvariante anbieten, aber nur mit selbst eingetriebenen Mitteln und ohne staatlichen Diplomzwang für die Berufsausübung? Warum kann bei Anstellungen nicht stärker auf Erfahrung anstatt auf Diplomerfordernisse abgestellt werden?

Und wirkt nicht die in der Schweiz relativ leicht mögliche Kündigung als gutes Sieb der Leistung und Qualität? Frankreich verlangt viele Diplome, verunmöglicht aber die Kündigung – diesen Weg sollte ein noch freier Arbeitsmarkt mit nachweislich guten Leistungen der meisten Angestellten nicht beschreiten.